

Es reicht! Keine weiteren Schnellschüsse bei der Regulierung der öffentlichen Schule

Thema	Petitions-Start gegen weitere Schnellschüsse bei der Regulierung der Schule
Für Rückfragen	Katja Christ, Präsidentin glp Basel, katja.christ@grunliberale.ch , Mobile +41 78 698 53 73 Sandra Bothe- Wenk, glp , s.bothe@sunrise.ch , Mobile +41 79 406 00 59
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Postfach, 4001 Basel, bs@grunliberale.ch www.bs.grunliberale.ch
Datum	13. Juni 2018

Das Erziehungsdepartement Basel-Stadt hat Mitte Mai 2018 Anpassungen der Schullaufbahnverordnung beschlossen. Der Erziehungsrat folgte dem Entscheid trotz Widerstand von Eltern und Lehrpersonen. Die Grünliberalen Basel-Stadt sagen deutlich: **Es reicht! Wir wollen keine weiteren Schnellschüsse bei der Regulierung der öffentlichen Schule. Aus diesem Grund starten die Grünliberalen heute die Petition mit der Forderung, die Massnahmen zur Senkung der Gymnasialquote neu zu überdenken.** Obwohl der Gesamregierung bis heute noch nicht darüber entschieden hat, werden wir aus zeitlichen Gründen mit der Petition starten. Sollte die Gesamregierung die Anpassung der Schullaufbahnverordnung wider Erwarten ablehnen, sind die Grünliberalen bereit, die Petition zurückzuziehen.

Mit der gesetzlichen Anpassung von § 55 der Schullaufbahnverordnung soll per sofort neu das Zeugnis des **1. Semesters der 6. Primarschulklasse** entscheidend für die Einteilung in die Leistungsbezüge der Sekundarschule sein, eine allfällige Leistungssteigerung im 2. Semester bleibt wirkungslos, während ein Leistungsabfall sich negativ auf die Zuteilung auswirkt. Die dafür entscheidenden Schulnoten müssen somit innerhalb von 4 Monaten geschrieben werden, mindestens 3 Noten pro Fach sind Pflicht.

Folgende Probleme sehen wir dabei:



Die konkrete Massnahme zur Verschärfung der Übertrittsregelung in den E- respektive P-Zug der Sekundarschule ist nicht durchdacht und bringt neue Probleme mit sich. Allfällige Massnahmen müssen breit abgestützt, sinnvoll und am richtigen Ort angesetzt sein.



Das angestrebte Ziel von höchstens ca. 35% Schüler und Schülerinnen beim Eintritt ins Gymnasium kommt einem Numerus Clausus gleich, ohne dass dies politisch diskutiert und breit abgestützt wäre. Und ohne, dass diese Einschränkung eine positive Auswirkung auf das Bildungsniveau unserer Kinder hätte.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb einen Marschhalt. Allfällige Massnahmen zur Senkung der Gymnasialquote sind neu zu überdenken!



Wir wollen keinen Schnellschuss bei einer allfälligen Neuregelung zum Übertritt von der Primar- in die Sekundarstufe! Die Motivation und eine allfällige Leistungssteigerung im 2. Semester der Primarschule soll sich nach wie vor lohnen! Allfällige Massnahmen zur Senkung der Gymnasialquote sollen sinnvoll und am richtigen Ort angesetzt sein. § 55 der Schullaufbahnverordnung soll dementsprechend angepasst werden.



Wir wollen eine politisch breit abgestützte Diskussion über eine allfällige angestrebte Quote am Gymnasium und wie diese allenfalls zu erreichen ist, keinen einseitig diktierten „Numerus Clausus“ ohne positive Auswirkung auf das Bildungsniveau.